

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverbände



Deutsches  
Rotes  
Kreuz  
Landesverbände



Diözesan-  
Caritasverbände



Diakonische Werke  
Landesverbände



Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband



Jüdische  
Kultusgemeinden  
Landesverbände

CDU-Landtagsfraktion NRW  
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

FDP-Landtagsfraktion NRW  
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

SPD-Landtagsfraktion NRW  
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

Der Vorsitzende

Lenaustraße 41  
40470 Düsseldorf

Telefon: 0211/6398-410  
Telefax: 0211/6398-317  
E-Mail: lag@dw-rheinland.de

Datum: 19.09.2007

## Gesetzgebungsverfahren zum Kinderbildungsgesetz - KiBiz

### Stellungnahme der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anhörung zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) am 28./29.08.2007 hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen in der Einschätzung bestärkt, dass der vorliegende Gesetzentwurf deutlicher Veränderungen und Korrekturen bedarf.

Die diesem Schreiben beigefügte Stellungnahme der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 18. Sep. 2007 benennt wesentliche Punkte einer unseres Erachtens erforderlichen Nachbesserung und thematisiert darüber hinaus gehend zentrale Verfahrensfragen.

Das Ergebnis eines im Nachgang der Anhörung erfolgten konstruktiven Beratungsprozesses mit Vertretern und Vertreterinnen der Kommunalen Spitzenverbände bezüglich der finanzrechtlichen Eckpunkte liegt diesem Schreiben als Anlage ebenfalls bei. Es bietet unseres Erachtens eine Basis zur Gewährung von mehr Planungssicherheit auf allen Ebenen sowohl des Landes und der Kommunen als auch der Träger.

Ein erläuterndes Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege bietet Ihnen einen wesentlichen Einblick in die vorgeschlagene Finanzierungssystematik, durch die Risiken der systematischen Unterfinanzierung, wie sie im Statement des Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Anhörung konkret benannt worden sind, verringert werden können.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Bemühungen als Ausdruck konstruktiver und sachdienlicher Mitarbeit an der dringend erforderlichen Überarbeitung des vorliegenden Gesetzesentwurfs verstehen können. Für persönlich Gespräche zur vertiefenden Erörterung stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Uwe Becker  
Vorsitzender